

Die Armut der Unterklassen. Soziale Wirkungen des neuen Arbeitsmarktregimes

Klaus Dörre

Erschienen in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2015, S. 3-10.

Abstract:

Der Beitrag beschäftigt sich zum ersten mit sozialen Wirkungen des neuen Arbeitsmarktregimes. An Stichwörtern sind dabei zu nennen: Wettkampfprinzip, ständige Differenzierung von Gewinnern und Verlierern, zirkulare Mobilität und Stigmatisierung und Aneignung eines Überlebenshabitus. Zum zweiten setzt sich der Beitrag mit Begrifflichkeiten auseinander. Er verweist u.a. darauf, dass der Begriff Unterschicht kontaminiert ist. Wer diesen Begriff benutzt, läuft Gefahr, Stereotype zu transportieren, die auf eine kollektive Abwertung der so Bezeichneten hinauslaufen. Was ist aber eine angemessene Bezeichnung?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Diskussion über soziale Ungleichheiten in Bewegung geraten. Gegenwärtig leben ca. 70 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Unterschiede zwischen Arm und Reich während der zurückliegenden drei Jahrzehnte zugenommen haben. 2014 verfügten die 80 reichsten Personen über das gleiche Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit (ca. 3,5 Mrd. Menschen).¹ Einer dramatischen Konzentration von Vermögen innerhalb des obersten einen Prozents der Weltbevölkerungen stehen expandierende Gruppen gegenüber, die wirtschaftlich scheinbar „überflüssig“ sind. Während sich die – zwar expandierende, nichtsdestotrotz winzige² – Gruppe superreicher Vermögensbesitzer nach oben „exkludiert“, fallen selbst in manchen Wohlfahrtsstaaten zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen heraus.³

¹ Oxfam (Hg.), Besser gleich. Die wachsende Lücke zwischen Arm und Reich – ein Kernproblem des 21. Jahrhunderts, o. O. 2015. Oxfam hat Daten aus einer Vielzahl von Einzelstudien zusammen getragen.

² Die Zahl der Milliardäre hat sich seit 2008 verdoppelt (ebd., S. 5). Vgl. Thomas Piketty, Capital in the Twenty-First Century. London 2014, S. 430 ff.

³ Michael Mann, Das Ende ist vielleicht nah – aber für wen? In: Wallerstein et al 2014, S. 89-122, hier S. 115

Sozialwissenschaftliche Versuche, „grobe“ soziale Unterschiede zu deuten, greifen auf Konzepte zurück, die eine vornehmlich an der Individualisierung und Pluralisierung sozialer Ungleichheiten interessierte Soziologie längst ad acta gelegt hatte. In einem bemerkenswerten Aufsatz hat Göran Therborn unlängst einen Rückgang der Unterschiede *zwischen* Nationalstaaten bei gleichzeitiger Zunahme klassenspezifischer Ungleichheiten *innerhalb* von Nationalstaaten diagnostiziert. In den reichen Gesellschaften des globalen Nordens habe die Deindustrialisierung zu einem Niedergang der Arbeiterschaft und ihrer Machtressourcen geführt. Hingegen hätten die wachsenden Arbeiterklassen der großen Schwellenländer den Aufstieg in die ebenfalls expandierenden Mittelklassen als lebenspraktische Vision vor Augen. Eine Konsequenz sei, dass sich die Konfliktdynamik in Richtung der gebildeten, beruflich jedoch chancenlosen Gruppen oder hin zu jenen „plebejischen Massen“ verschiebe, die unterhalb der Arbeiterschaft und ihrer geschwächten Organisationen quantitativ wie qualitativ die Sozialstruktur prägten.⁴

Therborn argumentiert mit dem Klassenbegriff, auf die „plebejischen Massen“ wendet er ihn jedoch nicht an. Das ist kein Zufall. Die Kategorie der underclass ist im englischen Sprachkreis ebenso kontaminiert wie die der Unterschicht im deutschsprachigen Raum. Wer diese Begriffe benutzt, läuft Gefahr, Stereotype zu transportieren, die in der Konsequenz auf eine kollektive Abwertung der so Bezeichneten hinauslaufen. Die deutsche Unterschichtendebatte lieferte Anschauungsunterricht. Als der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck von einer Unterschicht sprach, der es an Aufstiegswillen mangle⁵, konterte sein Parteigenosse Müntefering, indem er die Existenz einer solchen Schicht in Abrede stellte.⁶ In der begrifflichen Unsicherheit von Politikern offenbart sich ein reales Dilemma. Wie können jene, die sich in sozialer Nähe zu den „sozial Verachteten“⁷ der Gesellschaft befinden, angemessen bezeichnet werden?

⁴ Göran Therborn, Class in the 21st Century, in: New Left Review (78) 2012, S. 5-29.

⁵ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8.10.2006.

⁶ Vgl. Karl August Chassé, Unterschicht, prekäre Lebenslagen, Exklusion – versuch einer Dechiffrierung der Unterschichtendebatte, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger/Holger Ziegler (Hg.), Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“, Wiesbaden 2007, S. 17-38.

⁷ Dahrendorf bezeichnet so die fünf Prozent am untersten Rand der westdeutschen Gesellschaft. Vgl. Ralf Dahrendorf, Society and Democracy in Germany. New York 1967, S. 88.

Nachfolgend schlage ich vor, den Begriff der Unterklasse analytisch zu nutzen. Dazu ist es sinnvoll, kollektive Abwertungen selbst als Triebkräfte von Klassenbildung zu begreifen. Die Entstehung von neu zusammengesetzten Unterklassen in den reichen Gesellschaften des Nordens hängt, so meine These, eng mit der Wiederkehr und Ausbreitung entwürdigender Arbeit zusammen, wie wir sie aus der Vor- und Frühgeschichte des Industriekapitalismus kennen. Feudale Gesellschaften ließen Bettler und Vagabunden die disziplinierende Gewalt der Zünfte und der Armenpolizei spüren. Freisetzung aus der hierarchischen Ordnung, wie sie sich im Übergang zur industriell-kapitalistischen Produktionsweise vollzog, bedeutete häufig Zwangspauperisierung. Potentielle Arbeitskräfte wurden einem Disziplinarregime unterworfen, das seinen Ursprung noch in der Feudalzeit hatte. Sie verrichteten „unwürdige Lohnarbeit“⁸ – nützliche abhängige Arbeit, die nicht mit gesellschaftlicher Wertschätzung verbunden war. Wer sie ausübte, zog negative Klassifikationen auf sich und war in den Augen besser gestellter Bevölkerungskreise selbst unwürdig. Aufgrund der Freisetzung von Lohnabhängigen aus wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen kommt es, auf einem völlig neuen Reichtumsniveau, heute zu einer massenhaften Wiederkehr dieses Phänomens. Die „Vagabunden“⁹ des 21. Jahrhunderts sind weder „überflüssig“ noch „entbehrlich. Sie leisten jedoch Arbeit, die ihnen weder zu gesellschaftlicher Anerkennung noch zu einer sicheren Existenz verhilft. „Unwürdige“ Arbeit bringt, so die These, eine in sich heterogene, hierarchisch gegliederte Unterklasse ohne positive Kollektividentität hervor. Wie lässt sich diese Sichtweise begründen?

Unschärfe Begriffe

Im angelsächsischen Sprachraum bezeichnet *underclass* zumeist eine „wohlfahrtsabhängige“ Großgruppe, die sich angeblich daran gewöhnt hat, von staatlichen

⁸ Robert Castel, Robert , Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg 2011, S. 63.

⁹ Ebd.

Almosen zu leben.¹⁰ In Deutschland erfüllt der Begriff der Unterschicht eine ähnliche Funktion. Die Kategorie wird genutzt, um kulturelle Merkmale zuzuschreiben, mit deren Hilfe die so Bezeichneten diskreditierbar werden.¹¹ Für einen kulturalistisch aufgeladenen Begriff der Unterschicht ist nicht Ausgrenzung, sondern die zersetzende Wirkung von Amoralität, Leistungsunwilligkeit, Fastfood und Unterschichtenfernsehen das eigentliche Problem.¹² Stets schwingt in den populären Bildern von vermeintlichen „Sozialparasiten“ eine Urangst der Mittelklassen mit, die Wohlstandsverwahrlosung könne zur Ausbreitung eines Virus führen, der bürgerliche Tugenden zersetze und den Aufstiegswillen auch beim eigenen Nachwuchs erlahmen lasse.

Wer solche Distinktionsstrategien ablehnt, scheint gut beraten, Begriffe wie Unterklasse oder Unterschicht zu meiden. Doch was sind die begrifflichen Alternativen? *Soziale Exklusion* benennt Ausschlussmechanismen, kann aber soziale Großgruppen, deren innere Strukturierung, Lebensformen und Praktiken nur unzureichend beschreiben. Letzteres soll der Begriff der *Randschicht* leisten. Diese Kategorie zielt auf Bevölkerungsgruppen, „die aufgrund gravierender Benachteiligungen unterschiedlicher Art vom ‚normalen‘ Leben der Gesellschaft ausgeschlossen sind“¹³. In einer sehr unscharfen Fassung kann er auf Migranten und Spätaussiedler, Vorbestrafte und Homosexuelle, Sozialhilfeempfänger und Obdachlose, Behinderte und alte Menschen, Drogenabhängige und Arbeitslose angewendet werden. Der Begriff wird geschärft, wenn er sich auf ökonomisch unterversorgte Gruppen (Arme, Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Sozialhilfebezieher) bezieht, die in relativer Armut leben. Arbeitslosigkeit und Armut werden als Hauptursachen für die Randschichtenbildung benannt. ‚Rand‘ signalisiert allerdings, dass es sich um gesellschaftliche Minderheiten handelt, deren Leben von der Norm abweicht. ‚Schicht‘ soll

¹⁰ Stilbildend: Charles Murray, *The Emerging British Underclass*, London 1990. Kritisch: Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main 2002.

¹¹ Vgl. Paul Nolte, *Risikante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus*. München 2006, S. 96. Laut Nolte sind eine „großen Schnittmenge“ zu Migranten, „Erosion der traditionellen Familienordnung“ mit ihren „Erziehungskatastrophen“ sowie das Aufkommen einer Klassenkultur mit Zielgruppenfernsehen die Hauptursachen für eine „Alltagskultur der Unterschichten“, die sich „auch durch äußere Abgrenzung zu behaupten“ suche.

¹² Paul Nolte, *Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV*, in: *Die Zeit* Nr. 52, 2003.

¹³ Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden, S. 201.

darauf hinweisen, dass der Wohlfahrtsstaat Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg bietet: Zwar werde die relative Armutskluft in Deutschland immer größer, dennoch gebe es keine ausgedehnte „Subkultur der Randständigkeit“, keine „Unterklasse“.¹⁴

Letzteres kann man bezweifeln. In einer Einwanderungsgesellschaft, in der das so genannte Normalarbeitsverhältnis samt der mit ihm verbundenen Lebensformen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung seit Jahrzehnten auf dem Rückzug ist, werden die Maßstäbe für Normalität brüchig. Hinzu kommt, dass es nicht nur eine zeitliche Verflüssigung, sondern auch die Ausweitung und Verfestigung von Armutslagen gibt. In der Bundesrepublik zeigt sich eine klassenspezifische Kontinuität von Armutsrissen.¹⁵, die soziale Aufwärtsmobilität ist insbesondere in Ostdeutschland ins Stocken geraten¹⁶ und die Lage von Erwerbslosen hat sich infolge der „Hartz-Reformen“ auch im europäischen Vergleich deutlich verschlechtert.¹⁷ Der klassenspezifischen Kontinuität von Ungleichheiten tragen Ansätze Rechnung, die sozial-moralische Milieus untersuchen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seinerzeit die Unterschichtendebatte ausgelöst hatte, zählte acht Prozent der Bevölkerung, unter ihnen überdurchschnittlich viele männliche Facharbeiter und einfache Angestellte im berufsaktiven Alter, zum *abgehängten Prekariat*. Allerdings gehörten nur 49 Prozent der Personen, die diesem Milieu zugeordnet wurden, der Unter- oder der unteren Mittelschicht an.¹⁸ Nach Michael Vester, der ebenfalls mit den SINUS-Milieus arbeitet, sind ca. elf Prozent der Bevölkerung *Unterschichtenmilieus* zuzurechnen.¹⁹

Der Milieuansatz bietet eine gute Grundlage, um Distinktionskämpfe zwischen sozialen Großgruppen zu entschlüsseln; in manchen Verwendungen tendiert jedoch dazu, die

¹⁴ Ebd., S. 226 f.

¹⁵ Olaf Groh-Samberg, Die Verfestigung der Armut, in: Siegfried Frech/Olaf Groh-Samberg, Armut in Wohlstandsgesellschaften, Schwalbach/Ts., 2014, S. 155-171.

¹⁶ Destatis (Hg.), Datenreport 2013, Bonn, S. 189 ff. Diese Aussage gilt nicht für westdeutsche Männer. Insgesamt lassen die Daten aber keine präzisen Aussagen zur Mobilität am unteren Ende der sozialen Hierarchie zu.

¹⁷ „Es gibt nicht annähernd ein anderes europäisches Land, in dem die Situation der Erwerbslosen so schlecht ist wie in Deutschland.“ Vgl. Roland Verwiebe, Armut in Europa – Armutskonzepte und empirische Strukturdaten, in: Frech/Groh-Samberg, a.a.O., S. 173-189, hier, S. 189.

¹⁸ Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2007, S. 74.

¹⁹ Michael Vester, Michael, Sozialstaat und Sozialstruktur im Umbruch, in: Peter Hammerschmidt/Juliane Sagebiel (Hg.), Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main, S. 55-76.

Angehörigen der unteren Sozialmilieus vorzugsweise als Mängelwesen zu begreifen. Letzteres suchen klassenanalytische Betrachtungen zu vermeiden, die das *Prekariat* („*the Precariat*“) als „a class-in-the-making“ betrachten.²⁰ Wie die „gefährlichen Klassen“ früherer Perioden neigten die Prekarier zu regelverletzenden Protesten und Revolten. Anders als ihre historischen Vorläufer seien sie jedoch in der Lage, eine spezifische Klassenidentität zu entwickeln. Diese Identität sei subjektive Triebkraft sozialer Bewegungen, deren Mitglieder sich nicht als Teil einer solidarischen labour community fühlten. Gerade der Ausschluss aus regulärer Erwerbsarbeit ermögliche ihnen jedoch ein spezifisches Freiheitsverständnis, das Unsicherheit in eine soziale Produktivkraft verwandele.²¹

Unterklassen und sekundärer Ausbeutung

Ein Vorzug des Prekariats-Begriffs ist, dass er die Produktion sozialer Unsicherheit ins Zentrum der Analyse rückt. Tatsächlich ist Prekarität auch in den reichen Gesellschaften des Nordens zu einer „normalen“ Organisationsform der Arbeit und des sozialen Lebens geworden.²² Prekarität hat jedoch viele – auch klassenspezifische – Gesichter. Das, was Guy Standing als positive Kollektividentität des Prekariats bezeichnet, findet sich als „avantgardistische Prekarität“ eher in Künstlerarbeitsmärkten und bei Akademikern als in Unterschichtenmilieus.²³ Es existieren klassenspezifische Formen von Prekarität, aber das Prekariat, verstanden als Gesamtheit prekarisierter Gruppen, bildet in sich keine homogene Klasse. Die „Institutionalisierung des Prekariats“²⁴ bezeichnet ein Schicht- und Klassengrenzen überschreitendes Phänomen, Prekariat und Unterklassen sind deshalb nicht identisch.

Was macht es dennoch sinnvoll, von Unterklassen zu sprechen? Aus meiner Sicht ist der wichtigste Grund, dass der Klassenbegriffs auf ein „Verbindungsprinzip“ verweist, das

²⁰ Guy Standing, *The Precariat. The New Dangerous Class*, London 2011, S. 7.

²¹ Ebd., S. 284, 285.

²² Robert Castel, a.a.O., 2011, S. 136.

²³ Alessandro Pelizzari, *Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung*. Konstanz 2009.

²⁴ Robert Castel, a.a.O., s. 136

„eine Brücke [...] zwischen dem Glück der Starken“ und „der Not der Schwachen“ schlägt.²⁵ Auch die zeitgenössische Produktion von Unterklassen folgt einer solchen, allerdings äußerst vielschichtigen, Kausalität. Um die Komplexität mit Hilfe bewusster Stilisierung zu reduzieren, kann der soziale Mechanismus der Unterklassenbildung wie folgt beschrieben werden: Vermögensbesitzer, die einem „schlanken Staat“, niedrige Steuern sowie möglichst geringe Arbeits- und Reproduktionskosten einklagen, sind nicht der einzige, aber doch ein wesentlicher Ursachenkomplex für die Herausbildung und Neukomposition von Unterklassen. Generell fördert die Vermögenskonzentration die Neigung zu spekulativen Transaktionen und erhöht so die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft. Ökonomische Macht kann, etwa über die Finanzierung von Lobbyarbeit, in politische Macht verwandelt und zur Förderung kommodifizierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken eingesetzt werden. Die Folge ist eine Beschneidung von Sozialeigentum und eine selektive Freisetzung von Lohnabhängigen und ihren Familien aus wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen.

Die Kausalbeziehungen zwischen diesen Landnahmen des Sozialen und der Unterklassenbildung werden jedoch erst deutlich, wenn die Zentralität von Arbeit und die mit ihr verbundenen Mechanismen sekundärer Ausbeutung Berücksichtigung finden. Zentral ist Arbeit nur in der Verschränkung von bezahlter Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsvermögen. Die ökonomisch institutionalisierte Dominanz bezahlter Erwerbsarbeit erzeugt eine unkämpfte Hierarchie verschiedener Arbeitsvermögen. Indem sie Flexibilitätsanforderung in den Reproduktionssektor leitet, Sorgearbeiten tendenziell abwertet, einen umfassenden Zugriff auf unbezahlte und zuvor ungenutzte Arbeitsvermögen ermöglicht und immer mehr Zeit und Aktivität für Steuerungsarbeit beansprucht, eröffnet sie dominanten Akteuren (Unternehmen, Staat) die Option, Aneignung mittels sekundärer Ausbeutung von zuvor nicht genutzten Arbeitsvermögen und Tätigkeiten zu betreiben. Im Unterschied zum Modell einer in den Äquivalententausch eingebetteten primären beruht sekundäre Ausbeutung auf Dominanz und ungleichem Tausch. Sie kann über sexistische und rassistische Diskriminierungen konstituiert werden, aber auch Resultat einer über Dominanzverhältnisse betriebenen Aneignung von Natur-

²⁵ Luc Boltanski/ Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003, S. 398.

oder Wissensressourcen sein. Unterklassen sind, so die hier vertretene These, Objekt sekundärer Ausbeutung.

Die prekäre Vollerwerbsgesellschaft

Wie ist das zu verstehen? Ein Antwortversuch muss die Bewährungsproben in den Blick nehmen, die an der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität angesiedelt sind und den Zugang zur Gesellschaft anerkannter Sozialbürger regulieren. Solche Bewährungsproben umfassen immer beides – die auf Kräfteverhältnissen beruhende Machtprobe und die auf Gerechtigkeitsvorstellungen fußende moralische Wertigkeitsprüfung. In Deutschland sind die Bewährungsproben an der Schwelle der Respektabilität mit den „Hartz-Reformen“ neu justiert worden. „Hartz IV“ bezeichnet einen Status unterhalb dieser Schwelle; es handelt sich um den staatlich fixierten unteren Referenzpunkt für Prekarität. Die soziale Nähe zu diesem Status ist mit Stigmatisierung, negativen Klassifikationen, Distinktionskämpfen, Auf- und Abwertungsstrategien verbunden, die auch klassenbildend wirken. Das wird deutlich, wenn man einen Blick hinter die Fassade des „deutschen Jobwunders“ wirft.

Binnen zehn Jahren ist in Deutschland eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft entstanden, die ein schrumpfendes Volumen bezahlter Arbeitsstunden asymmetrisch auf eine Rekordzahl an Erwerbstätigen verteilt. Integration in den Arbeitsmarkt erfolgt für große Gruppen über nichtstandardisierte, prekäre, schlecht entlohnte, wenig anerkannte, mit geringen Partizipationschancen ausgestattete Erwerbsarbeit. Arbeitete ein durchschnittlicher Lohnabhängiger 1991 im Jahr 1.473 Stunden, so waren es 2013 noch 1.313 Stunden.²⁶ Zwar hat das Arbeitsvolumen nach 2005 wieder zugelegt; die Zahl der Erwerbstätigen ist jedoch deutlich rascher gestiegen. Beschäftigungsaufbau erfolgte in hohem Maße über eine Integration insbesondere weiblicher Arbeitskräfte in prekäre Dienstleistungs-Jobs. Der Anteil nichtstandardisierter Arbeitsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung ist 2013 auf 38% (Ost) bzw. 39% (West) gestiegen²⁷. Der Niedriglohnsektor mit einem gewichtigen Anteil an Vollzeitbeschäftigung umfasst kontinuierlich zwischen 22% und 24% der

²⁶ Destatis (Hg.), a.a.O., S. 112 ff.

²⁷ IAB (Hg), IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen. Ergebnisse der 18.Welle, Berlin 2013, S. 24.

Beschäftigungsverhältnisse.²⁸ Während Teilzeitarbeit (+2,23 Mio.) geringfügige Beschäftigung (+770.000) und Soloselbstständigkeit (+550.000) von der Jahrtausendwende bis 2012 zugenommen haben, ist nicht nur die Zahl der registrierten Arbeitslosen (-990.000), sondern auch die der Vollzeitbeschäftigten (-1,44 Mio.) deutlich zurückgegangen.²⁹ Das „deutsche Jobwunder“ beruht wesentlich darauf, dass Erwerbslosigkeit auf Kosten geschützter Vollzeitbeschäftigung und mittels Expansion „unwürdiger“ (Lohn-)Arbeit reduziert wird.

Unterklassenbildung im aktivierenden Arbeitsmarktregime

Doch warum funktioniert die Mobilisierung für „unwürdige“ Arbeit? Eine Antwort ergibt sich aus wettbewerbsorientierten Funktionsweise des aktivierenden Arbeitsmarktregimes.³⁰ In ihm wird der Leistungsbezug zur permanenten Bewährungsprobe, bei der sich entscheidet, ob der Sprung in die Gesellschaft der respektierten Bürgerinnen und Bürger gelingt. Der Leistungsbezug wird als Wettkampf inszeniert, bei dem die jeweils Erfolgreichen die Norm vorgeben, an denen sich diejenigen zu orientieren haben, die den Sprung in bessere Verhältnisse vorerst nicht geschafft haben. Je schwieriger die Arbeit mit den Erwerbslosen wird, desto eher neigen Arbeitsverwaltungen dazu, die Verantwortung bei den Leistungsbeziehern zu suchen. Selbst nach Zielvereinbarungen geführt, konzentrieren sich viele Sachbearbeiter zunächst auf jene „Kunden“, die leicht zu vermitteln sind. Ist diese Gruppe in Erwerbsarbeit, verbleiben nur noch die schwierigeren Fälle. Zugleich steigt die Neigung der Sachbearbeiter, den verbliebenen „Kunden“

²⁸ Gerd Bosch, Neuordnung des deutschen Arbeitsmarktes, in: K. Dörre et al., Arbeit in Europa, 2014, S. 91-106.

²⁹ Vgl. Hajo Holst/Klaus Dörre, Revival of the ‘German Model’? Destandardization and the New Labour Market Regime, in: Non-Standard-employment in Europe. Paradigms, Prevalance and Policy Responses. Edited by Max Koch and M. Fritz. Basingstoke 2013, S. 132-149; Olaf Struck,

³⁰ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einer eigenen Studie. Empirische Basis der Untersuchung sind Fallstudien in vier Arbeitsmarktregionen, 95 Experteninterviews mit Beschäftigten der Arbeitsverwaltung und weiteren Experten in den Regionen sowie 188 Interviews mit Bezieherinnen des Arbeitslosengeldes II (ALG II), die zwischen 2006 und 2012 in drei Wellen befragt wurden. Die Untersuchung zielt auf die subjektiven Erwerbsorientierungen der Leistungsbezieher, auf die individuellen Kompromissbildungen zwischen normativer Orientierung und realer Tätigkeit sowie den Einfluss strenger Zumutbarkeitsregeln auf diese Kompromissbildungen. Vgl. Klaus Dörre/Karin Scherschel/Melanie Booth et al., Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt am Main 2013.

Vertragsverletzungen vorzuhalten. Wer lange im Leistungsbezug verharrt, der verhält sich in den Augen von Sachbearbeitern geradezu antiemanzipatorisch, weil er sich mit einem „unwürdigen“ Fürsorgestatus arrangiert.

Die von uns befragten Leistungsbezieher sehen das völlig anders. In ihrer großen Mehrzahl arbeiten sie aktiv daran, aus dem Leistungsbezug herauszukommen. Das Bild von der passiven Unterschicht, der das Aufstiegsstreben abhanden gekommen ist, entspricht nicht der Realität. Eine große Mehrzahl der Befragten hält selbst dann an Erwerbsarbeit als normativer Orientierung fest, wenn dieses Ziel gänzlich unrealistisch geworden ist. Trotz aller Anstrengungen gelingt den meisten Befragten der Sprung in reguläre Beschäftigung aber nicht. Stattdessen zeichnet sich eine *zirkulare Mobilität* ab. Tatsächlich signalisieren Eintritte und Austritte beim Leistungsbezug eine erhebliche Fluktuation. Die Daten sprechen jedoch nicht für eine funktionierende Aufwärtsmobilität, wohl aber für eine Verstetigung von Lebenslagen, in denen sich soziale Mobilität auf Bewegung zwischen prekärem Job, sozial geförderter Tätigkeit und Erwerbslosigkeit beschränkt. Es kommt fortwährend zu Positionsveränderungen, aber die soziale Mobilität bleibt eine zirkulare, weil sie nicht aus dem Sektor prekärer Lebenslagen hinausführt. Nur wenige Befragten haben nach sieben Jahren den Sprung in Verhältnisse geschafft, die sie vom Leistungsbezug dauerhaft befreien. Die anderen durchlaufen mitunter zwei, vier, sechs und mehr berufliche Stationen. Sie springen von der Erwerbslosigkeit in den Ein-Euro-Job, von dort in die Aushilfstätigkeit, dann in eine Qualifizierungsmaßnahme und so fort, um am Ende doch wieder im Leistungsbezug zu enden.³¹

Je länger sie im Leistungsbezug verbleiben, desto stärker wird der Druck, sich einen *Überlebenshabitus* anzueignen, der die Betroffenen vom Rest der Gesellschaft unterscheidet. Dabei geht es nur selten um das physische Überleben. Doch mit zunehmender Dauer des Leistungsbezugs sind die Befragten gezwungen, sich mit materieller Knappheit, geringer gesellschaftlicher Anerkennung und einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle ihres Alltagslebens zu arrangieren. Wenn sie sich arrangieren,

³¹ Dieses Phänomen einer zirkularen Mobilität belegen auch repräsentative Daten. Binnen 12 Monaten haben bis August 2012 1,97 Mio. den Ausgang aus der Hilfebedürftigkeit geschafft, zeitgleich sind aber 1,76 Mio. Personen neu hinzugekommen. Von Ihnen hatten während der 12 Monate 50 % bereits Hartz-IV bezogen. D. h. es gibt eine strukturelle Verfestigung des Leistungsbezugs.

separiert sie das vom Rest der Gesellschaft. Separieren sie sich, eignen sich ihre Lebensentwürfe als Objekt für kollektive Abwertungen durch die Mehrheitsgesellschaft. Gerade weil sich die Leistungsbezieher an widrige Bedingungen anpassen, werden sie zur Zielscheibe negativer Klassifikationen durch die „Mehrheitsgesellschaft“.

Aus diesem Grund begreifen sich die befragten Leistungsbezieher als Angehörige einer *stigmatisierten Minderheit*, die alles dafür tun muss, um Anschluss an gesellschaftliche Normalität zu finden. Hartz IV konstituiert einen Status, der für die Leistungsbezieher eine ähnliche Wirkung entfaltet wie die Hautfarbe im Falle rassistischer oder das Geschlecht bei sexistischen Diskriminierungen. Die Erwerbslosen und prekär Beschäftigten sind diskreditierbar. Haftet es einmal an der Person, können sich die Betroffenen des Stigmas Hartz IV nur noch schwer entledigen. Die Hartz-IV-Logik („Jede Arbeit ist besser als keine!“) verlangt von ihnen, gerade jene qualitativen Ansprüche an Arbeit und Leben aufzugeben, die besonderes Engagement überhaupt erst motivieren. Wenn sich wegen zirkularer Mobilität Verschleiß einstellt, setzt Anspruchsreduktion ein – und genau das macht krank oder erzeugt Resignation und Passivität. Insofern bewirkt Hartz IV in vielen Fällen das Gegenteil von dem, was die Regelung eigentlich zu leisten beansprucht.

Ungleicher Tausch und Klassenbildung

Wettkampfprinzip, ständige Differenzierung von Gewinnern und Verlierern, zirkulare Mobilität, Stigmatisierung und Aneignung eines Überlebenshabitus sind soziale Mechanismen, die in Deutschland zur Herausbildung und Neukomposition einer sozialen Unterklasse beitragen. Die Angehörigen dieser Unterklasse, die in sozialer Nachbarschaft zum Fürsorgestatus leben, sind alles andere als „überflüssig“. Um ihre Lage zu meistern, müssen sie häufig hart arbeiten. Ihre Aktivität wird allerdings in erheblichem Maße von staatlichen Instanzen bestimmt. Geringfügige Beschäftigung und verordnetes Praktikum können sich zeitweilig durchaus zu einer 48-Stunden-Woche summieren. Hinzu gesellen sich Anforderungen aus dem Familienzusammenhang und der Kindererziehung. Für all diese Tätigkeiten gibt es ein mächtiges Motiv. Immer scheint es den Befragten so, als lasse sich die nächste Stufe in der sozialen Hierarchie, die ein wenig Mehr an gesellschaftlicher

Normalität verspricht, mittels eigener Anstrengungen erklimmen. Trotz geringer Aufstiegsmobilität okkupiert das staatlich inszenierte Wettkampfsystem die Eigentätigkeit der Leistungsempfänger. In sozial geförderter Beschäftigung stellen sie ihre Arbeitskraft preiswert für öffentliche Aufgaben zu Verfügung; Niedriglöhner, die ihre Einkommen mit ALG II aufstocken, werden in der Privatwirtschaft als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Unentgeltliches bürgerschaftliches Engagement im Sportverein, dem Umsonst-Laden oder in der Sterbehilfe trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, ohne dass dies mit einer wirklichen Statusverbesserung verbunden wäre. Gleiches gilt für unbezahlte Care-Tätigkeiten, die Lebenssinn vermitteln, aber kaum zum Anschluss an gesellschaftliche „Normalität“ beitragen.

Die Selbsttätigkeit der meisten Befragten markiert einen wesentlichen Unterschied zu jenen Erwerbslosen in der Weimarer Zeit, wie sie in der berühmten Marienthal-Studie beschrieben wurden. Die überwiegende Zahl der von uns Befragten ist keineswegs passiv; vielmehr beruhen zahlreiche Aktivitäten außerhalb geschützter Erwerbsarbeit auf einem ungleichen Tausch, der sich durchaus als Vorteilsgewinn mittels sekundärer Ausbeutung verstehen lässt.

Wettkampf-Klassen

Bei aller Besonderheit veranschaulichen die skizzierten Mechanismen des aktivierenden Arbeitsmarktregimes, wie sich die Herausbildung von Unterklassen in reichen Gesellschaften vollzieht. Klassen, auch Unterklassen, sind in den entwickelten Kapitalismen (1) *Wettkampf-Klassen*. Sie entstehen aus Konkurrenz, sind das Produkt politischer Konstruktionen und symbolischer Grenzziehungen. Deshalb sind diese Klassen sozial nicht homogen. In Deutschland ist die Unterklasse keineswegs mit den gut sechs Millionen Grundsicherungsempfängern identisch, die ihrerseits in sozial heterogenen Bedarfsgemeinschaften leben. Nur 53 Prozent der Leistungsempfänger im erwerbsfähigen Alter sind erwerbslos, 25 Prozent sind Aufstocker, deren Erwerbseinkommen nicht zur Finanzierung des Lebensnotwendigen reicht. Immerhin 50,8 Prozent der Leistungsbezieher haben eine Lehre oder einen Meisterabschluss, 7,2 Prozent einen (Fach-

)Hochschulabschluss.³² Das alles ändert nichts daran, dass sich die Betroffenen an oder unter der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität bewegen. Leistungsbezieher, die sich nach sozialer Herkunft, Erwerbsbiografie, Bildungsstand, Lebensalter, Familienformen und sozialen Netzwerken erheblich unterscheiden, werden im aktivierenden Arbeitsmarktregime auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe „zwangshomogenisiert“.

Diese politisch konstruierte Nivellierung erzeugt (2) *Spannungen und Distinktionsstrategien*. Der Wettbewerbsmechanismus wirkt auch innerhalb der Unterklassen. Schon deshalb lässt sich die Zugehörigkeit zu Unterklassen nicht genau quantifizieren. In den Distinktionskämpfen, die sich häufig an Stereotypen wie dem des „faulen Arbeitslosen“, des „Sozialschmarotzers“ oder des „Armutsfüchtlings“ abarbeiten, geht es stets darum, die Schwelle der Respektabilität zumindest symbolisch nach oben oder nach unten zu verschieben. In der unmittelbaren sozialen Nachbarschaft, etwa in den Sichtweisen von Aufstockern und erwerbslosen Leistungsbeziehern, werden die Distinktionskämpfe häufig besonders heftig geführt. Weil ständig in Bewegung, verschwimmen die Grenzen der Unterklassen nach oben und unten. Nach oben gibt es Überlappungen zu einem Dienstleistungsproletariat, dessen berufliche Tätigkeiten sich trotz Unsicherheit und schlechter Entlohnung gerade im Sozial- und Pflegebereich noch positive Identifikationsmöglichkeiten bieten.³³ Unter Hartz-IV-Niveau befinden sich illegale Migranten, Obdachlose und Bettler, für die der Leistungsbezug in einer Ressentiment geladenen Sicht ein Wohlfahrtsversprechen enthält. Obwohl es keinerlei Belege dafür gibt, dass „Leistungsmissbrauch“ oder „Sozialbetrug“ in diesen Gruppen stark verbreitet sind³⁴, verkörpern rumänische und bulgarische Einwanderer, unter ihnen vornehmlich Sinti und Roma, den viel beschworenen „Bodensatz“ der Gesellschaft.

Anhand derartiger Abwertungsstrategien zeigt sich, dass Unterklassen (3) nur im *Prozess und in ihrer Wechselbeziehung zu anderen Klassen* existieren. Gerade wegen ihrer realen

³² Jonas Beste/Arne Bethmann/Stefanie Gundert, Materielle und soziale Lage der ALG-II-Empfänger, IAB-Kurzbericht 24/2104.

³³ Philipp Staab, Macht und Herrschaft in der Servicewelt, Hamburg 2014; Friederike Bahl, Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft, Hamburg 2014.

³⁴ IAB, Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien. Jahresrückblick 2014. Arbeitnehmerfreizügigkeit bewirkt starkes Beschäftigungswachstum, Nürnberg 2014.

oder vermuteten Bereitschaft, sich widrigsten Verhältnissen aktiv anzupassen, werden Unterklassen für die „arbeitnehmerische Mitte“ zum Problem. Wer sich in der Nähe zur Fürsorge befindet oder sich gar mit der Fürsorgeabhängigkeit abfindet, arrangiert sich in den Augen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter mit einem Zustand äußerster Entfremdung. Derartigen Anpassungen begegnet die „arbeitnehmerische Mitte“ geradezu mit Abscheu. Daher ist es nicht allein der Vorwurf des Sozialschmarotzertums, der ein Bedürfnis nach Distinktion auslöst. Auch die Ahnung, dass eine vollständige Unterordnung unter Fremdbestimmung und die dauerhafte Abhängigkeit von anderen praktizierbar und lebbar ist, dass es einen subjektiven Verzicht auf sämtliche Aktivitäten zur Abmilderung von Entfremdung und Ausbeutung gibt, kann sich in kollektiver Abwertung und Stigmatisierung der so Klassifizierten entladen. Personen und Gruppen, die sich einer Situation totaler Entfremdung scheinbar wehrlos ausliefern, sind gerade aus der Perspektive gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter eine latente oder gar eine manifeste Bedrohung jeglicher Lohnabhängigen-Solidarität. Solchen Gruppen begegnet man seinerseits mit einer exklusiven Solidarität, die sich nicht nur nach oben, gegenüber „dem Kapital“, „dem Arbeitgeber“ oder „dem Vorstand“, sondern auch gegenüber „anders“ und „unten“ abgrenzt.³⁵

An den symbolischen Grenzziehungen zeigt sich, dass die Welt der Prekarisierten und Ausgegrenzten nicht mehr aus der Welt der noch einigermaßen geschützten Lohnarbeit herauszuhalten ist. Wenn nicht im eigenen Werk, so begegnet man der bedrohlichen Realität im Nachbarbetrieb oder im Wohngebiet. Ein Grundproblem der negativ Klassifizierten besteht darin, dass sich auf Klassenpositionen, die auch ein Produkt negativer Klassifikationen sind (4) *keine positive Kollektividentität* gründen lässt. Anhaltspunkte für ein Kollektivbewusstsein der Unterklassen haben wir in unseren Untersuchungen nicht gefunden. Auffällig ist, dass ein erheblicher Teil der Befragten Schwierigkeiten hat, sich selbst in der Gesellschaft zu verorten. Die Erwerbslosen und prekär Beschäftigten beklagen Diskriminierungen, aber viele wollen sich weder als arm bezeichnen noch möchten sie in den unteren Etagen der Gesellschaft verortet werden. Manche platzieren sich auf Nachfrage demonstrativ „in der Mitte“. Andere wiederum

³⁵ Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek, Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Hamburg 2013.

können mit Gesellschaft nichts mehr verbinden; ihre Welt ist der Mikrokosmos eigener sozialer Kontakte und Beziehungen; was jenseits dieses Mikrokosmos geschieht, ist für sie schlicht irrelevant. Dass sich die Befragten weigern, Begriffe wie Armut oder Unterschicht zur Selbstbeschreibung ihrer Lage zu nutzen, erklärt sich wohl aus der negativen Konnotation dieser Bezeichnungen. Die Betroffenen fürchten, ihre schwierige Lage und die erlebte Abwertung mit „kontaminierten“ Begriffen noch zusätzlich zu belasten.

Offizielle Politik findet subjektiv häufig gar nicht statt, denn sie hat nichts mit dem eigenen Leben zu tun. Sofern die Befragten politische Wertungen vornehmen oder politische Urteile fällen, folgen sie einer situativen, affektiven, emotional aufgeladenen Logik. Verschwörungstheorien und Personalisierungen sind allgegenwärtig. Das negative Klassenethos übertüncht logische Inkonsistenzen und Widersprüche der im weitesten Sinne politischen Stellungnahmen. Eine Ausnahme bilden allenfalls diejenigen Befragten, die sich in Arbeitsloseninitiativen oder anderen politischen Organisationen engagieren. Aber auch bei ihnen lässt sich eine starke moralische Aufladung der eigenen Aktivitäten beobachten, die ein beständiges Schwanken zwischen vehementem Einfordern besonderer Aufmerksamkeit für das eigenen Anliegen und tiefer Frustration bei realer oder vermeintlicher Missachtung desselben auslöst. Festzuhalten bleibt: Weder Unterklasse oder -schicht noch Prekariat liefern gegenwärtig einen assoziativen Deutungsrahmen, aus dem eine positive Identität der Deklassierten hervorgehen könnte.

Le Havre

Sind Prekarisierung und soziale Ausgrenzung somit Treiber postdemokratischer Tendenzen, weil sie nicht in der Lage sind, „sich selbst als klar definierte soziale Gruppe wahrzunehmen“ (Crouch 2008: 71). Vieles spricht dafür. Aber vielleicht ist diese Sicht zu einseitig, zu sehr Momentaufnahme, als dass sie sich verallgemeinern ließe. Möglicherweise müssen wir nur die Brille wechseln, um anderes, bessere zu sehen. Wie das gehen kann, hat uns Ari Kaurismäki vorgemacht. In seinem Film *Le Havre* sind die Angehörigen der Unterklasse, allen voran ein Schuhputzer, Helden, die einem im Container illegal eingeschleusten Migrantenjungen die Reise zu seiner Mutter ermöglichen. Es sind

Angehörige der Unterklasse, die eine Solidarität praktizieren, die man früher der organisierten Arbeiterschaft zugeschrieben hätte. Die Protagonisten des Films sprechen gewählt, sie haben gute Manieren und ihre praktische Hilfe ist moralisch derart integer, dass am Ende selbst der für Ausweisungen verantwortliche Kommissar seine Hilfe nicht verweigern kann. Kaurismäkis Unterklasse verzerrt die Realität. Doch bringt nicht gerade diese positive Verzerrung Verborgenes ans Tageslicht, das ansonsten unserem analytischen Blick entginge? Tatsächlich handeln die Angehörigen der Unterklassen stets eigensinnig, sie wirken aktiv auf die gesellschaftlichen Bewährungsproben ein. Sie verfügen über eine eigene moral economy, die vieles legitimiert, was aus Sicht der „Mehrheitsgesellschaft“ als Regelverstoß erscheint. Dieser Eigensinn bringt immer wieder Praktiken hervor, die negativen Klassifikationen Nahrung bieten. Er ist aber auch Quelle von Widerspenstigkeit und Widerständigkeit. Wie wir wissen, lassen sich Unterklassen, die zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, durch Ausgrenzung, Gettoisierung, Polizeigewalt und „Prisonfare“ unter Kontrolle halten.³⁶ Es gibt aber keine Gewähr dafür, dass dies dauerhaft gelingt. Selbst in Deutschland haben Initiativen, die nicht einmal drei Prozent der Erwerbslosen organisieren, maßgeblich an einer Bewegung gegen die „Hartz-Reformen“ mitgewirkt. Sie haben die Gesetze nicht verhindert, aber die Parteienlandschaft gravierend verändert. Seither ist die soziale Frage zurück auf der Agenda politischer Themen. In und außerhalb Europas gibt es, insbesondere seit der Krise von 2008/09, zahlreiche Beispiele für eine Organisierung von angeblich Unorganisierbaren. Vielleicht wachsen solche Keime solidarischen Handelns auch hierzulande im Verborgenen und wir benötigen die Brille eines Ari Kaurismäki, um sie in der schwierigen Gemengelage aus Grenzziehungen, Deutungskämpfen, Abwertungsstrategien und Stigmatisierungen überhaupt entdecken zu können.

³⁶ Loic Wacquant, Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit.